

**Betreff:**

Wirtschaft braucht Verbündete - Der Einzelhandel zu Coronazeiten  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 24.02.2021-

**Antragstext:**

In der Hessenschau vom 10.02.2021 wird über die Lage des Einzelhandels zu Coronazeiten berichtet. Dabei wird das Mietverhältnis zwischen Vermietern und Mietern von Einzelhandelsgeschäften angesprochen. Als Beispiel wird ein Betreiber von zwei Ladenschäften in Wiesbaden gezeigt. Nach Aussage des Geschäftsinhabers ist eine der Ladenflächen in privatem Eigentum, die andere gehört der städtischen Immobiliengesellschaft GWI. Der Geschäftsinhaber führt dabei aus, dass es von Seiten des privaten Immobilieneigentümers ein Entgegenkommen bzgl. des Mietzinses gegeben habe. Auf Anfrage des Mieters bei der GWI hat diese nach dessen Aussage eine Verhandlung diesbezüglich ausgeschlossen, da die GWI verpflichtet sei, profitorientiert etwaige Überschüsse an die Landeshauptstadt abzuführen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) den Sachverhalt darzustellen.
- 2) aufzuzeigen, ob und wieviele Gespräche es von Seiten der Landeshauptstadt (inkl. der städtischen Gesellschaften) mit Gewerbetreibenden gegeben hat, um Mieten zu stunden und/oder zu temporär zu reduzieren.
- 3) Nach welchen Prozessen Anfragen für Mietminderungen bei Immobilien im Eigentum städtischer Gesellschaften bearbeitet werden und ob es (und - wenn ja - welche) Unterschiede es hierbei zu den gleichartigen Prozessen bei Gebäuden im Eigentum der Stadt selbst gibt.

Wiesbaden, 24.02.2021